

Ruhe hin

Ist Schwarz-Grün eine Utopie? Demoskopien haben ausgerechnet: Es geht – vielleicht – doch.

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl (CDU) mag das Gerede über mögliche schwarz-grüne Koalitionen nicht mehr hören. Derzeit gebe es – zumal auf Bundesebene – für ein derartiges Bündnis überhaupt keine Chance: „Vielleicht ist das in 25 Jahren einmal anders – wenn sich die Grünen bis dahin geändert haben.“

Gemach. Das kann viel schneller gehen.

Denn während oben die Unionsführer noch zicken und zögern, ist unten bei den Wählern längst die Bereitschaft gewachsen, nicht nur in den Kommunen, sondern auch auf Landes- und Bundesebene neue Wege zu gehen.

Die christdemokratische Ruhe ist hin.

Und zwischen Schwarz und Grün wächst die Liebe – zumindest in den Prozentrechnungen der Demoskopien.

Wie das Bielefelder Emnid-Institut für den SPIEGEL ermittelte, erhoffen 29 Prozent der Unionswähler Regierungsbündnisse mit den Grünen auf Landesebene – 4 Prozent mehr, als es strikte Gegner einer derartigen Verbindung gibt. Noch starke 24 Prozent der

CDU/CSU-Anhänger hielten sogar „viel“ von einer schwarz-grünen Koalition in Bonn.

Der potentielle Partner steht da in nichts nach. Bei der grünen Klientel wünschen sich 30 Prozent eine gemeinsame Bundesregierung mit der Union. Lediglich 28 Prozent sind eindeutig dagegen.

Koalitionen in den Ländern kämen bei 33 Prozent so richtig gut an.

„Welten“ trennten CDU und Grüne, beteuert zwar CDU-Generalsekretär Peter Hintze, doch die Kluft ist kleiner geworden.

„Es gibt eine merkliche Annäherung in vielen politischen Positionen“, hat Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner festgestellt. Vor allem die Grünen-Wähler erwarten jetzt anderes von ihrer Partei als zu jener Zeit, da viele mit Haßkappe und Brecheisen am Bauzaun von Wackersdorf rüttelten.

Als die Bielefelder Meinungsforscher 1986 die Wähler der Grünen fragten, wie bedeutend das Streben nach sozialer Gerechtigkeit sei, da sahen noch 81 Prozent darin ein besonders wichtiges politisches Problem. Acht Jahre später waren es noch magere 35 Prozent – sogar etwas weniger als bei den CDU/CSU-Wählern. Und niemand kann sagen, es gehe heute gerechter zu.

Nicht mehr so wichtig ist den Grünen – die ihre Wurzeln doch auch im Feminismus haben – die Gleichberechtigung der Frau. 35 Prozent meinen, hier müsse dringend etwas getan werden, seinerzeit waren es noch 63 Prozent. Sogar der Umweltschutz, im Tschernobyl-Jahr mit

88 Prozent noch an der Spitze der grünen Sachprobleme, ist auf 77 Prozent gesunken.

Staatsverschuldung? 1986 ein Fremdwort für die Grünen: Ganze 13 Prozent sahen dringenden Handlungsbedarf. Heute sind es 31 Prozent.

Weitgehende Übereinstimmung gibt es bei der Beurteilung der Gewerkschaftsarbeit: 80 Prozent der CDU/CSU-Wähler und 75 Prozent der Grünen-Sympis sehen die organisierte Arbeiterschaft in der Krise und fordern eine gründliche Reform.

Sogar mit dem – ausgewählten – politischen Personal der jeweils anderen Partei freunden sich die Wähler langsam an. Wünschten sich am Anfang des Jahres gerade mal 30 Prozent der Unionsanhänger eine wichtige politische Rolle für den Grünen-Guru Joschka Fischer, so sind es jetzt, nachdem der Mann sich im Bundestag als Fraktionschef profilieren konnte, schon 44 Prozent.

Die Grünen-Wähler ihrerseits finden zunehmend an Wolfgang Schäuble Gefallen, dem möglichen Nachfolger von Kanzler Helmut Kohl. Im Januar wollten 40 Prozent den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden häufiger auf der Politbühne sehen, derzeit sind es sogar 55 Prozent der Ökos, die sich für den Unionsstrategen aussprechen.

Durch nichts und niemanden lassen sich die Grünen-Wähler jedoch in ihrer Verehrung für Rita Süßmuth überbieten: 84 Prozent fordern eine wichtige politische Rolle für die CDU-Bundestagspräsidentin – bei den eigenen Wählern sind es 72 Prozent.

Rita Süßmuth, die ideale Repräsentantin schwarz-grüner Träume? Da kommt selbst Heiner Geißler nicht mit. Immerhin wünschen aber noch 63 Prozent der Grünen- und 62 Prozent der CDU/CSU-Anhänger mehr Einfluß für ihn.

„Obwohl Schnittmengen zwischen Grünen und Christlichen Demokraten viel größer sind, als viele denken, sind die Gegensätze nicht gering“, dämpft Geißler die Euphorie. Ob Ausländerpolitik, Lauschangriff, Nationalbewußtsein, Atomstrom oder Nato-Einsätze im Ausland – es gibt noch genug tiefe Gräben.

Macht ja nichts – das läßt Raum für Nähe zur SPD und zieht heimatlos gewordene liberale Bürgerrechtler an. Man ist erfolgreich nach allen Seiten offen: Emnid ermittelte in der letzten Sonntagsfrage stramme zehn Prozent der Wählerstimmen fürs Grünenkonto (siehe Seite 56).

Fischers Joschka mag sich bei derart kommoden Aussichten behaglich in seinem Bundestagsstuhl räkeln, die Kunst des Zwischenrufes verfeinern und abwarten.

Seine Devise: „Schau'n mer mal.“ □



Rheinischer Merkur